L2 2. Offene Gesellschaft

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	12.01.2019
Tagesordnungspunkt:	5.1. Leitantrag

Text

Im Anbetracht des derzeitigen Rechtsrucks, ist es besonders wichtig, Jugendliche und junge Erwachsene verstärkt in demokratische Prozesse einzubinden.

Dies ist gerade auf der kommunalen Ebene gut möglich, da Jugendliche hier ihr Lebensumfeld gestalten können. Hinzu kommt, dass bedingt durch den demographischen Wandel der Anteil junger Menschen in der Bevölkerung sinkt. Weil viele junge Menschen noch nicht wählen dürfen, fallen ihre Interessen oft unter den Tisch. Dabei sind Kinder und Jugendliche unsere Gegenwart und Zukunft. Und für diese Zukunft muss mehr Politik gemacht werden.

Leider sind wir von einer flächendeckenden Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene bis auf einzelne Jugendparlamente noch weit entfernt. Ebenso muss neben der flächendeckenden Enstehung von Jugendparlamenten für verbindliche Ansprechpartner und eigene Budgets zur Umsetzung gesorgt werden.

Wir wollen, dass in der rheinland-pfälzischen Gemeindeordnung weitergehende Regelungen für die Einrichtung von Jugendvertretungen auf kommunaler Ebene verankert werden. Jugendbeteiligung muss kommunaler Pflichtbestandteil werden.

Nach baden-württembergischem Vorbild sollen Jugendliche die Möglichkeit haben, die Einrichtung einer Jugendvertretung zu beantragen. Kommunale Jugendvertretungen sollen ein Rede- Anhörungs- und Antragsrecht in den kommunalen Räten haben. Des weiteren sollen ihnen angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Ebenfalls soll die strukturelle Beteiligung bei bestimmten Themen verpflichtend in der Gemeindeordnung festgehalten werden.

Aber auch abseits von festen institutionellen Jugendvertretungen wollen wir Jugendbeteiligung in den kommunalpolitischen Prozessen verankern und machen uns für alternative, projektbezogene Beteiligungsformen stark. Auch wird Kommunalpolitik vor Ort, besonders im ländlichen Raum, überwiegend von Älteren gemacht. Wir fordern darum alle Parteien und Ratsfraktionen in den Kommunen auf, Jugendliche verstärkt in die politische Arbeit miteinzubinden und mit einer neuen demokratischen Kultur geprägt durch Transparenz und Fairness den politischen Diskurs vor Ort zu stärken.

Zudem fordern wir die verstärkte und langfristige Förderung von Vereinen und Projekten mit Jugendlichen im kommunalen Haushalt.

Wir als Grüne Jugend Rheinland-Pfalz stehen weiterhin konsequent für eine weltoffene und vielfältige Gesellschaft. Längst sind wir, auch in den Kommunen, zu einer Einwanderungsgesellschaft geworden. Die Aufnahme von Geflüchteten sehen wir als humanitäre Verpflichtung. Menschen, die sich entscheiden zu uns zu kommen, muss die Politik Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Die Kommunen tragen hierbei eine wichtige Rolle. Wir fordern darum eine verstärkte Bereitschaft der Kommunen zur Aufnahme von Geflüchteten. Wirunterstützen daher Forderung der Inititative „Seebrücke“ an Städte, mehr Geflüchte direkt aufzunehmen, auch um der dramatischen Lage auf dem Mittelmeer gerecht zu werden.

Die Unterbringung von Geflüchteten in den Kommunen nach den Aufnahmeeinrichtungen des Landes soll dezentral und nicht in Sammelunterkünften stattfinden. Beratungsangebote sollen Geflüchteten helfen, bei positiv beschiedenem Asylbescheid oder bei Bleibeperspektive schnell eine eigene Unterkunft auf dem Wohnungsmarkt zu finden. Die zahlreichen ehrenamtlichen Helfer*innen in der Arbeit mit Geflüchteten sollen bestmöglich gestärkt und seitens der kommunalen Verwaltung unterstützt werden. Ebenso fordern wir eine transparente und zweckgebundene Verwendung der Integrationspauschale des Bundes. Neben Unterbringung und Versorgung entscheidet auch das Angebot an Sprach- und Integrationskursen vor Ort über eine gelingende Integration. Wir fordern darum, dem wachsenden Bedarf an Sprach- und Integrationskursen gerecht zu werden. Auch sollen Einrichtungen in den Kommunen für einen verstärkten Austausch zwischen Einheimischen und Zugezogenen sorgen.

Wir machen uns vor Ort für eine Integrationspolitik stark, die Menschen einbezieht und Chancen eröffnet für ein gutes Zusammenleben.

Wenn man über Inklusion spricht, ist es besonders wichtig, sich auf ganzheitliche Barrierefreiheit zu beziehen, denn nur durch sie kann eine ganzheitliche Teilhabe für alle Menschen am gesellschaftlichen und sozialen Leben gewährleistet werden. Darum fordern wir den konsequenten barrierefreien Ausbau kommunaler Liegenschaften sowie bei künftigen Planungen von öffentlichen Gebäuden und Plätzen die Barrierefreiheit verstärkt zu berücksichtigen. Öffentliche Verkehrsmittel und Bushaltestellen sollen ausschließlich barrierefrei zugänglich sein. Zu Barrierefreiheit gehören neben zugänglichen Gebäuden und öffentlichen Plätzen, auch Verkehrsmittel. Dienstleistungen und Freizeitangebote müssen so gestaltet sein, dass sie für alle ohne fremde Hilfe zugänglich sind. Dazu gehören beispielsweise auch Formulare in leichter Sprache oder Vorträge, die von gehörlosen Menschen verfolgt werden können. Auch digitale Barrierefreiheit, das heißt, Internetseiten, die für jeden zugänglich gestaltet sind, muss gewährleistet werden.

Damit Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, bedarf es Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, auch in der Freizeit. Die Teilhabe von Menschen mit oder ohne Behinderung im Sport durch Beispielsweise Vereine oder staatliche Angebote ist enorm wichtig, denn sie ermöglicht einen Teil der selbstbestimmten, gleichberechtigten und gleichwertigen Teilnahme am sozialem Leben jedes einzelnen. Deshalb sieht die Grüne Jugend Rheinland-Pfalz es als Pflicht, dass jeder Mensch, egal ob mit oder ohne Behinderung, egal aus welchem sozialen Hintergrund er stammt, die Möglichkeit hat an einem solchem Sportangebot teilzunehmen. Konkret fordern wir Projekte und Vereine mit inklusiver Ausrichtung im kommunalen Haushalt verstärkt und langfristig mit geeigneten finanziellen Mitteln auszustatten.

Leider ist es in unserer Gesellschaft immer noch nicht selbstverständlich, lesbisch, schwul, bisexuell, trans*, inter* oder queer zu sein. Gerade in ländlich geprägten Regionen fühlen sich queere Jugendliche oft allein. Deshalb fordern wir als Grüne Jugend Rheinland-Pfalz, Projekte und Angebote für queere Jugendliche in den Kommunen zu schaffen, die Ihnen bei Fragen und Sorgen weiterhelfen und einen geschützten Raum für Erfahrungsaustausch bieten.